

Bezugspreise: für Halle monatlich, bei zweimonatlicher... 1.133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Landes-Zeitung

Sechshundachtzigster Jahrgang.

Die 4te Colonne 33 mm brei... Einzelpreis 40 Pf.

Nr. 28.

Halle, Dienstag, den 17. Januar 1922.

Einzelpreis 40 Pf.

Die Kriegsschuldigen.

Poincarés Geschoß

Die Frage der Kriegsschuldigen ist wieder einmal in den Vordergrund des Interesses gerückt worden, nachdem der am 13. August 1921 vom Obersten Rat eingeleitete Ausschuss zur Begutachtung der Urteile, die das Reichsgericht in Leipzig in den Prozessen gegen die Kriegsschuldigen gefällt hat, nach einer Hanas-Redeung am 6. und 7. Januar einmütig beschloßen haben soll, dem Obersten Rat zwei Resolutionen zu unterbreiten, in deren erster zum Ausdruck kommt, daß das Deutsche Reichsgericht sich nicht auszudehnen bemüht habe, die Wahrheit ausfindig zu machen und dem Verlangen der Alliierten Genüge zu leisten, und daß das Gericht den gestellten Anforderungen nicht gerecht geworden sei.

Es muß einigermassen bedauerlich, daß diese Entschuldigungen erst eine Woche später, nachdem sie gefaßt worden sind, veröffentlicht worden. Man wollte annehmen, während der Konferenz von Genua nicht mit dieser neuen Sichtung der Beschiebung Europas an die Öffentlichkeit treten. Aber jetzt, nachdem die Konferenz von Genua zusammengebrochen ist, glaubt man es annehmender nicht nötig zu haben, noch weiter Rücksicht zu üben. Die Regierung Poincarés hält sich lebensfalls für stark genug, Deutschland die neue Herausforderung des Gesichtspunktes zu überlassen, eine Herausforderung, die nach einer Pariser Meldung der 'Frankfurter Zeitung' ein Werk Poincarés selbst ist.

Die Entscheidung darüber, ob aus den beiden Entschuldigungen des vom Obersten Rat eingeleiteten Ausschusses auch die entsprechenden Konsequenzen gegenüber Deutschland gezogen werden sollen, liegt in der Hand des Obersten Rates, und es wird sich nun fragen, ob dieser, nachdem er die dem Wiederkauf und der Völkerverständigung dienende Konferenz von Genua beschloßen hat, wirklich den Mut haben wird, mit einer Aufforderung wegen der Auslieferung deutscher Kriegsschuldiger an Deutschland heranzutreten. In der englischen Presse zeigt sich auch bereits der Widerspruch gegen eine derartige Völkerei. 'Daily Express' meint, der Beschluß der Kommission internationaler Juristen erzeuge Unbefriedigung, nachdem in Unterhaus von der englischen Regierung erklärt worden sei, die Leipziger Verfahren seien nicht unbefriedigend gewesen. Auch 'Daily Chronicle' warnt davor, der deutschen Regierung von neuem Schwierigkeiten zu machen, zumal selbst gemäßigtere Urteile des deutschen obersten Gerichts eine moralische Wirkung auf die Deutschen hätten was bei den Urteilen von Gerichten der Alliierten nicht der Fall wäre. Man sieht also auch auf der Seite unserer Gegner, soweit sie vernünftigen Ermüdungen zugänglich sind, ein, daß der Beschluß der internationalen Juristen über die Leipziger Urteile recht wenig am Platz ist. Seine praktische Bewertung würde wohl im Geiste der Poincaréschen Politik sein, aber weit ab von dem Wege führen, den Lloyd George in Cannes mit der Richtung auf Genua gemeint hat.

Es handelt sich hier vielmehr um den ersten diplomatischen Schachzug Poincarés in dem Spiel der politischen Neuorientierung Frankreichs. Die Alliierten sollen wahrheitsgemäß unter der Fäulnis, daß der Versailles-Friedensvertrag aufrecht erhalten werden müsse, wieder in eine geschlossene Front gegen Deutschland gebracht werden. Demgegenüber muß abermals betont werden, daß die in der Hanas-Rede aufgestellten Behauptungen ungewiss sind. Das Reichsgericht hat in ausgedehnter Weise Aufnahme die von den Alliierten Mächten vorgebrachten Anlagen wegen deutscher Kriegsschuldigen aufzulassen versucht und ist auch da, wo tatsächliche Verletzungen vorlagen, zur Verurteilung der Angeklagten gekommen. Ein Gerichtshof hat nicht die Aufgabe, auf Befehl zu verurteilen, sondern auf Grund des vorliegenden Beweismaterials. Wenn das in einer Reihe von Fällen nicht ausgereicht hat, um zu einer Verurteilung zu kommen, so ist das nicht die Schuld des Reichsgerichts. Es ging eben, wie bei so vielen Kriegsverurteilungen und Kriegsschuldigen, daß sich ihre Wahrheit schließlich nicht beweisen ließ. Das Reichsgericht hat jede Parteilichkeit vermeiden und nach Recht und Gerechtigkeit geurteilt. In letzter Konsequenz werden sich nach und nach dazu

gewöhnen müssen, daß diese Grundzüge wieder allgemeiner Geltung erlangen, als es unter der militärischen Diktatur der Entente bisher der Fall gewesen ist. Und wenn der Oberste Rat nur ein bloßes politisches Gremium besitzt, dann wird er den Resolutionen des von ihm eingesetzten internationalen Juristenausschusses keine Folge geben.

Das Kabinett Poincaré.

Nachdem Herr Poincaré nunmehr am Ziele seiner Ministerarbeit angelangt ist, hat er sich ein Kabinett zusammengestellt, das man zwar als Kabinett des 'starken Mannes', aber nicht der starken Männer bezeichnen kann. Denn die Kabinettsmitglieder sind in diesem Kabinett des nationalen Blochs, der 'union sacrée', auffallend dünn gesät. Die hervorragende Persönlichkeit darin ist der bisherige Kriegsminister Vorho, ein jamaicher Parteigänger Poincarés und also Deutschfreund, der übrigens auch schon öfter durch scharfe Reden gegen England aufjiel. Von demselben Couleur ist der bisherige Budgetminister, der Kommandeur de Laferrière, ein Vertreter jener chauvinistischen Richtung, die nur der Gewalt das Wort predigt. Damit aber sind auch die 'Persönlichkeiten' des Kabinetts erschöpft. Herr Loucheur, bisher ausgeschieden zu sein. Bemerkenswert ist ferner die Ablehnung der Radikalen an diesem extremen Kabinett, die offenbar ihre politische Zukunft zu komplizieren fürchten.

Im übrigen wird auch dieses Kabinett wohl oder übel mit Wasser liegen müssen; denn auch es kann die gegebenen weltwirtschaftlichen Tatsachen nicht ignorieren.

Lord Curzon in Paris

Lord Curzon ist am Montag eingetroffen. Er wurde von Poincaré empfangen, der die Gesandtschaft des Außenministeriums übernommen hat. An der Besprechung nahmen der englische Botschafter in Paris, Lord Cardigan, und der englische Referent für Orientfragen, von Sittart, teil. Wie 'Journal des Débats' mitteilt, ist die geplante Konferenz zwischen den Außenministern von Frankreich, Großbritannien und Italien über die Orientangelegenheiten verlegt worden.

Nach dem 'Obernen' betreffen die englischen Vorschläge zur Lösung des kleinasiatischen Problems, die Lord Curzon demnach bei der Konferenz der Außenminister unterbreiten wird, die Räumung der Zone von Smirna durch die griechischen Truppen sowie die Beibehaltung einer nominalen türkischen Herrschaft bei lokaler Autonomie, verbunden mit internationalen Garantien und Maßnahmen zum Schutze der christlichen Minderheiten in ganz Kleinasien.

Kathenaus Rede in Cannes.

Der dreißtägigen Rede des Reichsministers A. D. Rathenau in der Sitzung des Obersten Rates vom 12. Januar entnehmen wir folgendes:

Deutschland ist entschlossen, mit seinen Leistungen bis zu den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Deutschland ist immer ein Land der Ordnung gewesen. Deutschland ist aber durch einen verlorenen Krieg, durch schwere Verluste und durch eine Revolution hindurchgegangen. Ich komme nun zur Lage der deutschen Zahlungen. Deutschland ist ein Land der Lohnarbeit. Es empfängt Rohstoffe, verarbeitet sie und verkauft die notwendigen Erzeugnisse. Deutschland hat daher für alles, was es kauft, in bar zu bezahlen. Es kann nur zahlen durch seine eigene Arbeit. Es ist deshalb notwendig, daß Deutschland eine eigene Handels- und Zahlungsbilanz hat. Unsere Zahlungsbilanz aber ist verheerend mit einem Einjahrsbedarf von 2½ Milliarden Lebensmitteln und 2½ Milliarden Rohstoffen, und zwar ohne verarbeitete Fabrikate und ohne Luxusartikel, die nicht sehr erheblich sind und die es zum großen Teil nicht aus freiem Entschluß, sondern zur Aufrechterhaltung nachbarlicher Handelsbeziehungen erwirbt. Außerdem sind im Gegenlage keine früheren Vorge, in der uns aus Auslandsinvestitionen 1½ Milliarden jährliche Erträge zufließen, jetzt 4 Milliarden Goldmarkt jährlich an das in Deutschland vorhandene Ausland zu zahlen. Die Kapitalität der Zahlungsbilanz beträgt also etwa 5½ Milliarden Goldmarkt, davon eine Ausleihung von nur 3½ bis 4 Milliarden gegenübersteht. Es besteht somit eine Passivität der Zahlungsbilanz im Saldo 2 Milliarden gegen den Zahlungsbilanz.

Um das Defizit der Zahlungsbilanz zu decken, bestehen nur drei Möglichkeiten: 1. Verkauf der Substanz des Landes, 2. große auswärtige Anleihen oder 3. Verkauf der Landeswährung. Den Ausverkauf von Landeswährung konnten wir leider nicht hindern. Er ist in großem Umfang vor sich gegangen. Grundstücke, Unternehmungen, Aktien, Obligationen, selbst Häuser sind vom Auslande unter dem Werte erworben worden. Die Durchführung einer auswärtigen Anleihe haben wir verweigert. Sie war unmöglich, da nach Meinung der City die Deutschen außerlegten Lasten zu schwer waren. Unter diesen Umständen war es unmöglich den Verkauf von Umlaufmitteln zu vermeiden, obwohl unser Geld dadurch ein Gegenstand der internationalen Spekulation wurde.

Was gibt es nun für Mittel der Gesundung? Wie kann man es zu einer Wiederherstellung der deutschen Zahlungsbilanz gelangen? Bisher habe ich stets nur von einem Budget ohne Entschuldigungen und ohne die inneren Kosten des Friedensvertrages gesprochen. Wenn ich von den bereits erwähnten 500 Millionen für 1922 ausgehe, wenn ich ferner ausgehe von Sachleistungen von 1400 Millionen Gold-

markt und dann noch die inneren Kosten des Friedensvertrages nehme, so komme ich zu folgenden Ziffern: 500 Millionen Goldmarkt, 3. Kurse von 50=25 Milliarden, 1400=70 Milliarden, 1355=70 Milliarden, 1355=70 Milliarden, 1355=70 Milliarden.

Diese Summen kämen also zusätzlich zu dem Budget von 1922 mit seinen 5 Milliarden Papiermarkt. Das Budget würde also etwa 150 v. H. neue Belastung erfahren und sich damit auf 2185 Milliarden Papiermarkt belaufen.

Um die Bilanz herzustellen, gibt es nur zwei Mittel: eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Steuern oder eine Rielenleihe. Es wäre unmöglich, da das Land schwerer als seine Röhren belastet ist, die Steuern nochmals zu verdoppeln. Es bleibt also die Frage einer sehr großen Anleihe. Ich glaube, daß man eine derartige Anleihe nicht im Auslande wird machen können. Die City von London hat sich schon geweigert, einen sehr viel kleineren Betrag für die Januar- und Februarzahlungen durch eine Anleihe zu finanzieren. Die Frage einer inneren Anleihe wird sehr ernsthaft erörtert werden. Aber in der gegenwärtigen Situation wird es kaum möglich sein, die notwendigen Reizmittel zu finden, um eine Anleihe auch nur annähernd des erforderlichen Umlanges unterzubringen.

Rathenau erörtert dann eingehend die Gründe für die Kreditunfähigkeit Deutschlands und verweist besonders ausführlich bei der Darlegung der verborgenen Arbeitslosigkeit in Deutschland.

Nach Ausführungen über die reinen Goldleistungen Deutschlands schließt Dr. Rathenau: 'In jedem Falle ist die Stabilisierung der deutschen Währung der Weg der Stabilisierung des Budgets zu werden, der ihm vorgeschlagen ist: Die Erhebung der Zölle auf Goldbasis soll erfolgen. Die Frage der Reichsrente wird 1922 geregelt werden, um das Defizit dieser Wirtschaftswirtschaft auszugleichen. Der Abbau der Substanz ist in die Wege geleitet. Die Kohlenfrage ist schwieriger. Die Preise für den Weltmarkt sind immer mehr niedriger. Was die innere Anleihe anlangt, so wird sie in erwiesenermaßen gezogen werden. Die Frage der Kapitalflucht würde für die Zeit genommen. Ich bitte deshalb, sie heute zurückstellen zu dürfen, zumal ihre Regelung nur unter Mitwirkung ausländischer Mächte möglich sein würde. Was die Garantien anlangt, so gibt es meines Erachtens Mittel, um der Reichsrente eine größere Autonomie zu geben. Man hat uns endlich gefragt, ob wir mitarbeiten wollen an Wiederaufbau Europas. Deutschland würdigt die hohe Wichtigkeit dieser Aufgabe und ihren Zusammenhang mit der Lage der Weltwirtschaft. Es ist zwar nicht in der Lage, dem Weltmarkt der Welt Mittel in dem Maße reicher Staaten zur Verfügung zu stellen, immerhin unter den beachtlichsten Bedingungen ist Deutschland in der Lage, den ihm zugedachten Teil zu übernehmen.'

Besprechung der Reparationsfrage.

Gestern nachmittag fand in der Reichstanzlei die angeordnete Besprechung über die Reparationsfrage statt. An der Sitzung nahmen der Reichsminister Dr. Wirth und die an der Frage beteiligten Minister teil. Dr. Rathenau erstattete Bericht über den Verlauf der Beratungen in Cannes. Im Anschluß an die Besprechung hielt der Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten eine Sitzung ab, in der der Reichsminister Dr. Wirth das Wort nahm, um in Vertretung der Länder Mitteilungen über die auswärtige Politik und insbesondere über die mit der Konferenz in Cannes im Zusammenhang stehenden Fragen zu machen. Die Ausführungen des Reichsministers waren verständig. Am Mittwoch wird der Reichsminister über dieselbe Frage im auswärtigen Ausschuss des Reichstages sprechen.

Nach einer Mitteilung des 'B. Z.' wird sich die Reichsregierung heute in einer Kabinettsitzung mit der Einladung der Konferenz in Genua beschäftigen. Am Freitag werden sich die Minister, aus denen der deutsche Delegationschef in Genua eine Konferenz über die innere und äußere Politik zusammenfinden, die unter dem Vorsitz des Reichsministers abgehalten werden soll.

Daß der Reichsverband der deutschen Industrie zu der Konferenz in Genua eine Denkschrift über die wirtschaftliche Lage Deutschlands ausarbeiten solle, wird von der 'D. Allg. Ztg.' dahin richtig gestellt, daß der Reichsverband zu diesem Zweck zu allen bedeutenden Wirtschaftszweigen Deutschlands Stellung nimmt, daß er wie bisher auch fernstehend in jeder Hinsicht der Reichsregierung seine Hilfe leisten wird. Von der Ausarbeitung einer Denkschrift, die der Konferenz von Genua vorgelegt werden soll, kann aber keine Rede sein.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsvereins Franz von Wendelschloß ist in den Reichsausschuss als Abteilungsleiter der Industrie ernannt. Er besichtigt den Wirtschaftskreis der Industrie in Berlin.

Die 31 Millionen Goldmarkt, die nach den Beschlüssen von Cannes von Deutschland am 15. Januar gezahlt werden sollen, werden bereits heute in Paris der Kommission übergeben werden, ebenso ist alles vorbereitet, um die weiteren Zahlungsschichten einzubringen. Obwohl Deutschland somit still ist, was in seiner Kraft steht, um die ihm zufließenden ausländischen Bedingungen zu erfüllen, wird Frankreich nicht nachlassen, aus dem besten Willen zu bezahlen.

